Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7116**
14. Wahlperiode 12. 10. 2001

Fragen

für die Fragestunde der 194. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 17. Oktober 2001

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang Verbraucher und Verbraucherinnen von ihrem Widerrufsrecht nach § 3 Fernabsatzgesetz Gebrauch machen, nachdem sie die bestellten Waren, z. B. Kleidung oder Schuhe, genutzt und somit Gebrauchsspuren verursacht haben?

2. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Hält es die Bundesregierung für rechtlich hinnehmbar oder für missbräuchlich, wenn Verbraucher und Verbraucherinnen in wachsendem Umfang Kleidung und Schuhe gezielt zu dem Zweck bestellen könnten, um sie während der zweiwöchigen Widerrufsfrist nach § 361a Bürgerliches Gesetzbuch kostenlos intensiv, z. B. zu Diskothekenbesuchen, zu nutzen und danach – ebenfalls ohne Kostenbelastung – an den Verkäufer zurücksenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordnete **Sylvia Bonitz** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die aus der Umsetzung des „Entwurfs eines Gesetzes zur Finanzierung der Terrorbekämpfung“ (Bundestagsdrucksache 14/7062) in künftigen Haushaltsjahren resultierenden Mehreinnahmen in voller Höhe für zusätzliche Maßnahmen zur Terrorbekämpfung einzusetzen, auch wenn diese einen Einnahmebetrag von insgesamt 3 Mrd. DM pro Jahr übersteigen sollten, und falls nein, welche andere Verwendung ist für den 3 Mrd. DM übersteigenden Einnahmebetrag ggf. vorgesehen?

4. Abgeordnete **Sylvia Bonitz** (CDU/CSU)

Welche Pläne hat die Bundesregierung für die Verwendung der Währungsreserven der Bundesbank in Höhe von rd. 170 Mrd. DM, die nach der Einführung des Euros im Jahr 2002 nicht mehr benötigt werden, und wann beabsichtigt sie den Deutschen Bundestag mit diesem Thema zu befassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordnete **Heidi Lippmann** (PDS)

Über welche konkreten Fähigkeiten verfügt die Bundeswehr, die gegebenenfalls in die gegenwärtigen Militäroperationen der USA und Großbritanniens eingebracht werden könnten?

6. Abgeordnete **Heidi Lippmann** (PDS)

Welche konkreten militärischen Beiträge hat die Bundesregierung der US-amerikanischen Administration für die Unterstützung der gegenwärtigen Militäroperationen zugesagt, die in der Ansprache des US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush ausdrücklich erwähnt wurden?

7. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Welche sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Einrichtungen, zum Beispiel Dienststellen und Einheiten der Bundeswehr, multinationale Agenturen usw., befinden sich derzeit am Standort Bonn bzw. sollen nach jetzigem Planungsstand dort noch angesiedelt, reduziert oder aufgelöst werden?

8. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Welche Liegenschaften beziehungsweise Immobilien am Standort Bonn, die derzeit noch durch die Bundeswehr genutzt werden, sind jetzt oder mittelfristig zur Verwertung durch die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb oder andere Einrichtungen vorgesehen?

9. Abgeordnete **Ilse Aigner** (CDU/CSU)

Wie würde die Bundesregierung eine Beschaffung der Schlüsseltechnologie Radarsensorik (SAR) des Aufklärungssystems SAR-Lupe bei französischen Lieferanten beurteilen, obwohl diese Technik über Jahrzehnte sowohl zivil als auch militärisch aus öffentlichen Mitteln gefördert wurde, und wäre dies mit dem nationalen Raumfahrtprogramm der Bundesregierung bzw. der strategischen Absicht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das Kompetenzzentrum der europäischen SAR-Entwicklung in Deutschland anzusiedeln, vereinbar?

10. Abgeordnete **Ilse Aigner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung aus sicherheits- und wirtschaftspolitischer Sicht die Auffassung, dass bei einem rein nationalen Projekt in einem sensitiven, strategischen Sektor wie der Aufklärungstechnologie einer Lösung der Vorzug gegeben werden sollte,

bei der sowohl alle sicherheitsrelevanten Komponenten als auch alle Schlüsseltechnologien von einem Firmenkonsortium in Deutschland erstellt werden, und wie will sie gegebenenfalls dieses Ziel erreichen?

11. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (PDS)

Hat die Bundesregierung detaillierte Kenntnis über die konkreten Pläne der US-Regierung zur Fortsetzung der „militärischen Kampagne“ gegen den Terrorismus?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

12. Abgeordneter **Martin Hohmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die geplante Verbindung zwischen Südthüringen und Hessen in Form einer Bundesstraße zwischen Meiningen und Fulda in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2003 aufzunehmen, und bis wann gedenkt die Bundesregierung das Projekt zu verwirklichen?

13. Abgeordneter **Martin Hohmann** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Benachteiligung der Bürger, die an Autobahnen wohnen, die bereits in den 60er Jahren in Betrieb genommen wurden, und für die deshalb, wie im Falle der Autobahnbrücke Kalbach-Uttrichshausen an der Bundesautobahn A7, keine Lärmschutzmaßnahmen getroffen werden, oder ist die Bundesregierung bereit, auch in Kalbach-Uttrichshausen in absehbarer Zeit für Lärmschutzmaßnahmen zu sorgen, zumal dort umfangreiche Sanierungsmaßnahmen anstehen?

14. Abgeordnete **Christine Ostrowski** (PDS)

Wann ist mit der Bund-Länder-Vereinbarung und der Vorlage einer Verwaltungsvorschrift bzw. von Verwaltungsvorschriften für das von der Bundesregierung im August beschlossene „Stadtumbauprogramm Ost“ zu rechnen?

*) siehe hierzu auch Frage 26

15. Abgeordnete **Christine Ostrowski** (PDS)

Wenn kein Termin benannt werden kann, wie ist der gegenwärtige Stand der Vorbereitung?

16. Abgeordneter **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung vorbehaltlich der Zustimmung des Deutschen Bundestages die finanziellen Mittel für den Ausbau der Bundesautobahn A96 als Verbindung zwischen den Verkehrsschwerpunkten München–Lindau–Zürich, insbesondere für die Fertigstellung des baureifen Teilabschnittes zwischen Erkheim und Memmingen-Ost in Höhe von 120 Mio. DM zur Verfügung zu stellen?

17. Abgeordneter **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung den ursprünglich für diese Legislaturperiode zugesagten neuen Bundesverkehrswegeplan nun doch erst frühestens 2003 vorlegen will?

18. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Sind mit der im Bundeshaushalt ab dem Jahr 2002 geplanten Regionalisierungsmittelkürzung bei der Deutschen Bahn AG Streckenstilllegungen verbunden, und wenn ja, welche Strecken in Bayern sind davon betroffen?

19. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Beeinflusst der Vorschlag der EU-Kommission, die Fichtelgebirgsautobahn als „transeuropäisches Verkehrsnetz“ einzustufen (vgl. „Fränkischer Tag“ vom 6. Oktober 2001), die Prioritätensetzung durch die Bundesregierung, nachdem das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bislang keinen vordringlichen Bedarf für dieses Projekt gesehen hat (vgl. „Frankenpost“ vom 25. September 2001), und falls nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

20. Abgeordneter **Dr. Christian Ruck** (CDU/CSU)

Welche tatsächlichen Gründe waren dafür maßgeblich, dass der Bundeskanzler Gerhard Schröder lt. „Abendzeitung“ (München vom 12. September 2000) den damaligen Bundestagskollegen und späteren stellvertretenden Leiter der Inlandsabteilung des Bundespresseamtes, Hans Wallow, „feuern ließ“?

21. Abgeordneter **Dr. Christian Ruck** (CDU/CSU)

Hat das Bundeskanzleramt auf das Verfassen des Artikels in der „Abendzeitung“ vom 12. September 2000 Einfluss genommen, und wenn ja, waren im Bundeskanzleramt die tatsächlichen Gründe für die Versetzung des betroffenen Beamten von Berlin an die Außenstelle Bonn bekannt?

22. Abgeordneter **Werner Lensing** (CDU/CSU)

Warum sind die Mitglieder des Nationalen Ethikrates für einen Zeitraum bis zum Jahr 2005 berufen worden, obwohl der Informationsbedarf der amtierenden Bundesregierung, zu deren Beratung der Nationale Ethikrat in erster Linie eingerichtet wurde, mit Ablauf der Legislaturperiode im Jahre 2002 endet?

23. Abgeordneter **Werner Lensing** (CDU/CSU)

Warum wird in der Ausschreibung zur personellen Besetzung der Geschäftsstelle des Nationalen Ethikrates von den Referenten/Referentinnen möglichst ein qualifizierterer akademischer Abschluss erwartet als von dem Leiter/der Leiterin der Geschäftsstelle?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

24. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Wie ist der Stand der Vorbereitung für die Errichtung eines „Willy-Brandt-Zentrums für Deutschlandstudien“ und eines daran angesiedelten „Willy-Brandt-Lehrstuhls“ in Polen, die Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Rede vor dem Sejm und dem Senat der Republik Polen am 6. Dezember 2000 vorgeschlagen hat?

25. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)

Wie sieht eine Abstimmung zwischen der Bundesregierung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit über die Finanzierung des „Willy-Brandt-Zentrums“ und des „Willy-Brandt-Lehrstuhls“ aus, und zu welchen konkreten Ergebnissen hat sie geführt?

26. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)

Verfügt die Bundesregierung über Informationen, welche Organisationen und Staaten, gegen die sich laut Brief der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika an den UN-Sicherheitsrat vom 8. Oktober 2001 (s. Financial Times Deutschland vom 10. Oktober 2001) gegebenenfalls die Selbstverteidigung der USA richten müsste, gemeint sind?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

27. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Wie sehen die aktuellen Überlegungen der Bundesregierung bezüglich der Struktur der Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, wie z. B. der Außenstelle in Bayreuth, aus?

28. Abgeordneter
Günter Nooke
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung angesichts der erhöhten Sicherheitsanforderungen nach den Ereignissen am 11. September 2001 der Berliner Polizei mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, und wenn ja, in welcher Höhe?

29. Abgeordneter
Günter Nooke
(CDU/CSU)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Bereitstellung von bloß 75 Mio. DM für hauptstädtische Sicherheitsaufgaben angesichts der vom Land Berlin vor dem Hintergrund der neuen Hauptstadtaufgaben dafür als notwendig erkannten 105 Mio. DM, und wie beziffert die Bundesregierung die notwendigen Mehrausgaben für die Berliner Polizei angesichts des erhöhten Sicherheitsbedarfs seit den Ereignissen des 11. September 2001?

*) siehe hierzu auch Frage 11

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333